

KLIMAPOLITIK IM SCHNELLDURCHLAUF

DER BUNDESTAG DISKUTIERT LEIDENSCHAFTLICH DIE KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK – UMZINGELT VON DEMONSTRANTEN



Bild 1: Namentliche Abstimmung: Die Abgeordneten stehen vor den Urnen Schlange

Um Klimaschutz und den Kohleausstieg ging es am letzten Sitzungstag vor der Sommerpause im geschichtsträchtigen Parlamentsgebäude. Rund tausend Fridays for Future-Demonstranten bildeten eine Menschenkette um das Parlamentsgebäude. Trotz der Unterstützung von Eltern und Omas reichten die Armlängen nicht ganz, um den Reichstag vollständig zu umzingeln. Zwar nicht im Chor, aber oft genauso laut und emotional vorgetragen, klangen drinnen im Plenarsaal die Rufe während der Debatte zur Klimapolitik. Elf Anträge und Gesetzesentwürfe waren zu behandeln – allesamt eingereicht von der Opposition. Anstatt zum tiefgehenden Ringen um die besseren Argumente geriet die Debatte angesichts dieser Fülle mehr zum oberflächlichen, aber heftigen Schlagabtausch.

Ein Großteil der Eingaben kam von der Grünen-Fraktion, darunter der Entwurf

eines Kohlekraftwerk-Sofortmaßnahme-Gesetzes, der letztmals beraten wurde und deshalb im Zentrum der Aussprache stand. Genau auf das Gegenteil zielte ein Antrag der AfD: nämlich den Kohleausstieg auszusetzen, bis die Erneuerbaren grundlastfähig sind. Die Linke beantragte, den Klimanotstand anzuerkennen und die FDP will den Klimaschutz marktwirtschaftlicher gestalten, indem das europäische Emissionshandels-System auf die Bereiche Verkehr, Landwirtschaft und Gebäude ausgeweitet wird. Zur Stärkung des Klimaschutzes hatten die Grünen außerdem eine Grundgesetzänderung eingereicht.

Sofort Kohle stilllegen?

Demnach waren es auch die Grünen, die die Aussprache eröffnen durften. „Wir legen ihnen heute einen Gesetzesentwurf für leichte erste Schritte vor“, sagte

Sylvia Kotting-Uhl. Der Entwurf fordert, bis Ende 2022 mindestens drei Gigawatt (GW) Braunkohle- und zwischen 4 und 7,7 GW Steinkohle-Kraftwerkskapazitäten stillzulegen. Kotting-Uhl empfahl, sich besser heute als morgen von Grundlast produzierenden Kraftwerken zu verabschieden, denn „Partnerschaften zwischen altem und neuem Energiesystem funktionieren nicht. Das sehen wir in Schleswig-Holstein“. Die Union mahnte sie, nicht Trump, Putin und Erdogan zum Anlass zu nehmen, um beim Klimaschutz nachzulassen. „Deutschland muss bei der Energiewende wieder Fahrt aufnehmen. Wir brauchen den Kohleausstieg und eine CO₂-Bepreisung.“

Die Bundesrepublik müsse in der EU wieder zum Treiber statt zum Bremsen werden und wiederum an die Union gerichtet: „Sie können sich eine Energieversorgung ohne große, zentrale Betonklöt-

ze nicht vorstellen. Das genau ist aber die Zukunft: dezentral, risikoarm, billig und erneuerbar.“ Schließlich verwies die Grünen-Politikerin auf die Klima-Demonstrationen: „Junge Menschen fordern Woche für Woche, dass sie endlich handeln und sie zögern, zaudern und vertagen sich aus falsch verstandenem Protektionismus.“

Trittin greift ein

Dass Kötting-Uhl den Kohleausstieg als „risikolosen Weg“ bezeichnete, brachte Andreas Lämmel von der CDU auf die Palme: „Das ist doch Unfug. Die Aufgabe ist riesig. Sie hat ein großes Risiko für uns alle.“ Der Sachse zählte die Kohleausstiegs-Beschlüsse anderer Länder auf. „Wir haben beschlossen, bis 2038 42,6 GW stillzulegen.“ Das sei doppelt so viel wie der Rest von Europa zusammen genommen. Die Große Koalition wolle einen Ablauf, nach dem erst der Strukturwandel eingeleitet und erst dann Kraftwerke stillgelegt würden. Noch im Herbst werde ein Gesetz zur Stärkung der Kohleregionen vorgelegt. „Wir wollen planvoll und im Einklang mit den Unternehmen aussteigen“, sagte der Wirtschaftspolitiker. Als er behauptete, die Gespräche mit den Energieversorgern hätten bereits begonnen, wurde es laut im Saal. „Lüge, Lüge“, brüllte der Ex-Bundesumweltminister Jürgen Trittin.

Nachdem Lämmels Kollege Andreas Lenz (CSU) die Erfolge der Bundesregierung beim Ausbau des Ökostroms pries und reklamierte, „wir waren es, die die Erneuerbaren durch Ausschreibungen konkurrenzfähig gemacht haben“, griff Trittin mit einer Zwischenfrage ein: Wie das zusammenpasse mit der Mahnung von Stefan Kapferer vom Energiewirtschafts-



Bilder: Dany

Bild 2: Zwischenfrage von Jürgen Trittin

verband BDEW, dass mit dem derzeitigen Tempo das Ausbauziel für 2030 verfehlt werde? Lenz parierte gleich mit einem Gegenangriff: Das Versprechen, dass die Ökostrom-Förderung den Bundesbürger nicht mehr als ein Eis koste, sei nicht eingetroffen. Auch von neuen Vorschlägen der Grünen zur CO₂-Bepreisung hielt Lenz nicht viel: Sie gefährdeten einerseits die Industrie, andererseits würden sie im Verkehr keine Lenkungswirkung entfalten.

Eine beachtliche Nebenrolle spielte ein Mann, der zur gleichen Zeit wohl 700 km entfernt weilte: Markus Söder. Bayerns Ministerpräsident hatte vor einigen Wochen vorgeschlagen, schon 2030 aus der Kohle auszusteigen. Kötting-Uhl lobte den „seltenen Lichtblick“ Söders. Johann

Saathoff (SPD) meinte, ein Bundesland ohne Kohle könne leicht den Kohleausstieg fordern. Kräftige Hiebe bekam „Wendehals“ Söder von der AfD. Steffen Kotré attestierte ihm, von der „Gretamanie“ befallen zu sein. Vor fünf Monaten habe Söder noch gesagt, ein Kohleausstieg bis 2038 sei zu gefährlich, weil die Energieversorgung nicht gesichert sei. „Plötzlich ist alles anders.“ Wenn Überzeugungen so schnell geändert würden, brauche man sich nicht zu wundern, dass der Beruf des Politikers nicht mehr hoch angesehen sei. Für die AfD führt Dekarbonisierung zur Deindustrialisierung Deutschlands. Die Partei leugnet zwar nicht die Klimaerwärmung, sieht den vom Menschen verursachten CO₂-Anteil in der Luft von wenigen Tausendstel-Prozent aber nicht als Ursache dafür.

Koalition setzt sich durch

Gegen Ende der Aussprache füllte sich der Plenarsaal nochmal ganz beträchtlich. Kein Wunder, denn es waren zwei namentliche Abstimmungen angesetzt: Sowohl das Kohlekraftwerk-Sofortmaßnahme-Gesetz als auch die Anerkennung des Klimanotstands wurden von den Koalitionsfraktionen, der AfD- und einem Großteil der FDP-Fraktion abgewiesen. Die weiteren Anträge und Gesetzentwürfe wurden entweder mehrheitlich abgelehnt oder an die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Ohne eine tiefere Auseinandersetzung ging auch der Antrag der Grünen, den Ausbau der Solarenergie zu beschleunigen – unter anderem durch Streichung des 52-Gigawatt-Ausbaudeckels – sowie dezentrale Bürgerenergie und Mieterstrom zu unterstützen, den Weg der Überweisung an die Ausschüsse.

ZUM AUTOR:

► Christian Dany

Freier Journalist im Themenkomplex Landwirtschaft, Umwelt und Erneuerbare Energien

christian.dany@web.de



Bilder: Dany

Bild 3: Fridays for Future-Demonstranten, von innen nach außen fotografiert.